

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einpaltige Corps-Beile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Charner Wochenblatt.

N. 109.

Sonnabend, den 13. Juli.

1867

Preussische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

12. Juli: (Vormittags um 10 Uhr): Brünn, Mährens Hauptstadt, von den Vortruppen der 1. Armee (8000 Mann und 2500 Pferde) unter Führung des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg besetzt. — Gegen Abend zieht Prinz Friedrich Karl an der Spitze der Division Manstein in Brünn ein. (Die preussische Besatzung 50,000 Mann.)
- „ „ (Gegen Abend): Das königliche Hauptquartier von Zwittau nach Chrenaborna (in Mähren, 5 M. südlich von Zwittau und 3 M. nördlich von Brünn, auf der Straße nach Brünn) verlegt.
13. Juli: (Vormittags): Preussische Truppen ziehen in Komotau und Teplitz ein.
- „ „ Das königliche Hauptquartier nach Brünn verlegt. Se. Majestät der König zieht in Begleitung des Prinzen Karl, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin u. A. um 3 Uhr Nachmittags in Brünn ein.
- „ „ (Abends): Gefecht bei Laufach (1 1/2 Meilen nordöstlich von Aschaffenburg). Die Brigade Wrangel (von der Division Goeben) schlägt die angreifende darmstädter Division zurück. Nachdem die Division Goeben (von der preussischen Main-Armee) die Bayern am 10. in den Gefechten bei Rissingen u. Hammelburg über den Main zurückgeworfen, wendet sie sich nach Gmündeu (an der Mündung der fränkischen Saale in den Main) und bringt von da auf der den Spessart durchschneidenden Linie Gmündeu = Lohr = Aschaffenburg nach Westen gegen das Armeekorps des Prinzen Alexander von Hessen vor, um eine Vereinigung mit den Bayern zu verhindern. Nach der Zurückwerfung der Darmstädter am 13. Abends bei Laufach erfolgte am 14. das scharfe, aber siegreiche Treffen bei Aschaffenburg gegen die vereinigten Oesterreicher, Kurhessen und Darmstädter unter dem FML. Grafen Kiepperg, wird der Feind über den Main zurückgeworfen. Eine weitere Folge dieses Sieges ist die Räumung von Frankfurt a. M. und von Hanau von Seiten der Bundesstruppen. Die Markgrafschaft Mähren, mit Ausnahme der Festung Olmütz, von der österreichischen Armee geräumt.
- „ „ (Morgens): Preussische Truppen überschreiten bei Zetzelsdorf von Mähren her die Grenze des Erzherzogthums Nieder-Oesterreich und setzen ihren Marsch nach Widhofen an der Thaya fort.
- „ „ General Hernarth besetzt Znaim an der Thaya (nahe der Südgrenze Mährens, auf dem Wege von Zglau nach Wien, 10 Meilen von Wien entfernt.)
- „ „ (Nachmittags): Die preussische Garnison von Troppau rückt ins Innere Oesterreichs ab. In der Nacht besetzt neues preussisches Militär die Stadt.
15. Juli: Nachdem die 2. (Kronprinzliche) Armee, bei der sich auch das Garde-Corps befindet, von den Elb-Überrängen zwischen Pardubitz und Königgrätz, über Hohenmauth und Mährisch-Tribau direkt auf Olmütz marschirt war und im Süden von Olmütz bei Proßnitz, an der Olmütz-Brünner Chaussee, Stellung genommen hatte, erfolgt am 15. (Sonntag Nachmittags) ein siegreiches Gefecht bei Dobruška (südlich von Olmütz, zwischen Proßnitz und Prerau in Mähren) zwischen der Brigade von Malotki vom 1. Armeekorps unter persönlichem Kommando des Generals v. Bonin gegen die österreichische Brigade Rothkirch (18 Geschütze erbeutet und 400 Gefangene gemacht). Durch den Sieg kommt die Eisenbahn von Prerau bis Lundenburg

in den preussischen Besitz, so daß die noch bei Olmütz stehenden österreichischen Truppen von Wien abgeschnitten werden.

Die preussische Besatzung von Teplitz zieht weiter nach dem Innern des Landes.

Vorposten = Gefecht bei Zetzelsdorf zwischen preussischen Truppen von der Hernarth'schen Armee und der österreichischen Brigade Wallis.

Da sich die Verhandlungen wegen einer dreitägigen Waffenruhe zwischen Preußen und Oesterreich zerbrachen, so gehen preussische Truppen auf Wien vorwärts.

Preussische Vorschläge für eine dreitägige Waffenruhe: 1) Das zwischen der jetzigen Stellung des preussischen Heeres und der Thaya liegende Gebiet wird sofort von den österreichischen Truppen geräumt; 2) außer dem im Art. 1 vorhergesehenen Falle werden alle preussischen Truppen, alle österreichischen Truppen der Nord- und Südarmee und die sächsischen Truppen, sowie ihre Artillerie- und Kriegszufuhren an dem Orte stehen bleiben, an welchem sie sich am Tage der Unterzeichnung der unmittelbaren Vereinbarung befinden werden; 3) die preussischen Truppen werden sich bis zum Ablauf der vereinbarten Frist in einer Entfernung von 3 Meilen von Olmütz halten; 4) die Eisenbahn zwischen Dresden und Prag wird für die Proviantzufuhren des preussischen Heeres offen sein. — Oesterreich hatte den Gegenvorschlag gemacht, zwischen dem österreichisch-sächsischen Heere einerseits und dem preussischen Heere andererseits eine Demarkationslinie zu ziehen, welche weder von der einen noch von der andern Seite während dieser 3 Tage überschritten werden dürfte, hinter welcher aber sowohl die eine, wie die andere Armee eine vollständige Freiheit der Bewegung haben sollte. Die österreichische Regierung schlug als Demarkationslinie den Thaya-Fluß vor, von seiner Quelle bis zu einem Punkte 2 Meilen von Lundenburg. Dieser Vorschlag wurde preussischerseits nicht angenommen, weil der österreichischen Süd-Armee die Befugnis verblieben sein würde, ihre Bewegungen fortzusetzen, und die Einwilligung in die Besetzung der Thaya-Linie bis Lundenburg durch die preussischen Truppen verweigert war.

(Fortsetzung folgt.)

Die Ministerverantwortlichkeit.

Die Breslauer Fortschrittspartei unterscheidet sich wesentlich von dem Hauptquartier desselben in Berlin. Sie steht im Wesentlichen vollständig auf dem Standpunkt der National-Liberalen. Das Organ der Breslauer Fortschrittspartei, die „Bresl. Ztg.“ (Redacteur Dr. Stein, das bekannte Mitglied der Nationalversammlung von 1848), hat sich nicht bloß für das Indemnitätsgesetz, sondern auch für die Verfassung des Norddeutschen Bundes ausgesprochen. Sie tritt jetzt auch überall denjenigen entgegen, welche ihren Liberalismus allein dadurch zu beweisen glauben, daß sie möglichst heftig gegen die National-Liberalen reden. Mit dem Fördern von Grundrechten u. allein ist es wahrlich nicht gethan. Speciell über die Ministerverantwortlichkeit schreibt die „Bresl. Ztg.“ in ihrer letzten Nummer u. A.: „Enthält eine Verfassung auch nur das Princip der Ministerverantwortlichkeit ohne jedes Ausführungsgesetz, so kann man darauf rechnen, daß der ehrliebe Constitutionelle Stein und Bein auf die ewige Dauer dieser Verfassung schwört. Und nicht bloß der Constitutionelle. Erklärte doch auf dem Reichstage ein Führer der Fortschrittspartei, der sich sonst den constitutionellen Dogmen gegenüber einen klaren Blick gemahrt hat, daß die Norddeutsche Verfassung wohl annehmbar sei, wenn sie einen constitutionellen König und verantwort-

liche Minister an der Spitze habe. Nun, wir wünschen von Herzen, daß die Norddeutsche Verfassung sonst keine andern Mängel enthält. . . . Wir gehören nicht zu den Schwärmern, welche glauben, daß die Grundrechte zur Ausführung kommen, weil sie in der preuss. Verfassung stehen; im Gegentheil, wir wissen, daß sie nicht zur Ausführung kommen, weil das Herrenhaus in der preuss. Verfassung steht. Die Vorlage der Civilehe durch das Ministerium der „neuen Aera“ und die Verwerfung derselben durch das Herrenhaus, trotz dem auch der König seine Willensmeinung klar genug kundgegeben, sollte doch einermaken zur Lehre dienen. Die Sache steht so: die preuss. Verfassung ist nicht entwicklungsfähig, d. h. in liberalem Sinne, weil das Herrenhaus da ist; die Norddeutsche Verfassung ist entwicklungsfähig, weil das Herrenhaus fehlt. Den Bundesrath wird wohl Niemand ernsthaft mit dem Herrenhause vergleichen wollen. Wird uns die Ministerverantwortlichkeit mit dem Ausführungsgesetze — ohne dasselbe ist sie selbstredend gar nichts werth — angeboten, so werden wir sie bestens acceptiren, aber auch dann uns nicht der Illusion hingeben, als hätten wir Großes erreicht, und als sei nun die ewige Dauer der Verfassung garantiert. Daß einem Staatsreiche, d. h. der gänzlichen Aufhebung der Verfassung oder auch nur ihrer Grundbestimmungen, die Ministerverantwortlichkeit nicht hinderlich ist, wird Jeder von selbst einräumen. Siegt das Ministerium, so wird es auch dafür sorgen und hat dazu Mittel genug in den Händen, daß Niemand eine Anklage erhebt und Niemand auf die etwa doch erhobene Anklage eingeht. Im Nov. des Jahres 1848 reichte die Nationalversammlung eine Anklage auf Hochverrath gegen die Minister ein; die Berliner Ober = Staatsanwaltschaft wies sie natürlich zurück. Siegt das Volk, so wird, wenn nicht die Bestrafung der Minister auf revolutionärem Wege erfolgt, jeder Gerichtshof ohne Ausnahme die Anklage auf Hochverrath auf aufnehmen, denn die gewaltsame Vernichtung der Verfassung ist nach dem gewöhnlichen Strafgesetze b. Hochverrath; die Strafe würde strenger sein, als wenn ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz vorhanden wäre. Hätten in den Julitagen 1830 die Minister Carl's X. gestagt, so würde der Kaisergerichtshof, wenn ja Jemand gewagt hätte, sie anzuklagen, sie freigesprochen haben; derselbe Kaisergerichtshof verurtheilte sie, weil das Volk gestagt hatte. In unserem vierjährigen Verfassungsconflicte handelt es sich um Auslegung des Art. 99 der Verfassung, also um das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses. Das Ministerium hat nie behauptet, daß es in dieser Frage ganz verfassungsgemäß gehandelt habe; im Gegentheil, weil es nicht in Uebereinstimmung mit der Verfassung gehandelt, hat es Indemnität nachgesucht und somit anerkannt, daß das Budget alljährlich durch ein Gesetz festgestellt werden muß, daß also die Zustimmung des Abgeordnetenhauses notwendig ist. Hätten wir ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, so würden die Minister angeklagt. Ueber die Anklage entschied nach Art. 61 der Verf. das Obertribunal in vereinigten Senaten. Gibt es nun Einen in der ganzen preuss. Monarchie, die annectirten Landestheile hinzugerechnet, welcher meint, das Obertribunal würde das Ministerium Bismarck wegen Verletzung des Art. 99 der Verfassung verurtheilt haben? Nach dem Gesetze, welches Frhr. v. Beust dem österreichischen Reichsrathe vorgelegt hat, fällt das Herrenhaus bei Ministeranklagen das Urtheil. Gibt es Einen in der ganzen preussischen Monarchie, die annectirten Landestheile hinzugerechnet, welcher meint, daß preuss. Herrenhaus würde das Ministerium Bismarck wegen Verletzung des Art. 99 der Verfassung verurtheilt haben? Was wäre die Folge? Die Minister würden, so oder so, freigesprochen, d. h. es würde anerkannt, daß die Minister in Uebereinstimmung mit der Verfassung gehandelt haben. Noch einmal, wir sind nicht etw. gegen ein Verantwortlichkeitsgesetz; wir acceptiren es trotz dieser Zweideutigkeit, die unlegbar in ihm liegt: wir behaupten nur, es gewährt uns außer vielleicht einer moralischen Schwärze keine Garantie, wenn nicht andere Garantien hinzutreten. Die englische Verfassung kennt kein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz; sie hat aber etwas Besseres, näm-

lich die Verantwortlichkeit jedes Beamten vor dem gewöhnlichen Gesetze. Das ist das Richtige."

Zur Situation.

Allianz Oesterreichs mit Frankreich.
Wenn auch, wie die Offiziere sagen, die Katastrophe in Queretaro keine Alteration in den freundschaftlichen Beziehungen der Kabinette von Wien und Paris hervorgebracht hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Idee einer Allianz mit Frankreich augenblicklich in den Hintergrund getreten ist. Die Gönner dieser Idee, die theils den klerikalen, theils den höheren militärischen Kreisen angehören, haben sich vorläufig zurückgezogen, da sie wohl fühlen, daß die schwere Wunde, die in der Hinrichtung des Kaisers Maximilian dem Kaiserthum geschlagen wurde, noch zu frisch ist, um eine Annäherung an Frankreich zu gestatten, zumal von einer persönlichen Neigung des Kaisers, mit Frankreich ein Bündniß abzuschließen, ernstlich wohl nicht die Rede sein kann. Indessen haben sie ihre Pläne keineswegs aufgegeben und werden damit sicherlich zur gelegenen Zeit hervortreten, einstweilen suchen sie vor Allem die Reise des Kaisers nach Paris sicher zu stellen und in der That sind diese Bemühungen nicht vergeblich gewesen. Die Reise wird jedenfalls Ende August oder Anfangs September stattfinden, das Weitere, so kalkulirt man, werde sich dann schon finden. Was Herrn v. Beust betrifft, so verhält sich dieser sehr reservirt. Den offiziellen Blättern ist die Weisung zugegangen, auf das Nachdrücklichste zu betonen, daß die Regierung augenblicklich ihre ganze Aufmerksamkeit den inneren Angelegenheiten zuwenden und nach außen hin die Rolle eines ruhigen und anmerksamen Beobachters spielen. Herr v. Beust bekennt sich allerdings zu der Theorie, daß die persönlichen Neigungen der Herrscher, wo es um die Beziehungen der Staaten zu einander sich handelt, nicht die Entscheidung zu fällen haben; ich glaube aber, daß man zu weit geht, wenn man annehmen wollte, er arbeite an der Allianz mit Frankreich. Sein Hauptstreben ist vor allem darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, um während der Dauer desselben den Kaiserstaat zu konsolidiren und ihn in den Stand zu setzen, eine entscheidende Rolle zu spielen, wenn früher oder später die Lösung der orientalischen Frage erfolgt, und Rußland seine panlawistischen Absichten zu verwirklichen suchen sollte. Den Kampf mit Rußland betrachtet Herr v. Beust als etwas Unvermeidliches. Was sich jüngst die „N. Fr. Presse“ über einen bereits abgeschlossenen Allianzvertrag zwischen Oesterreich, Frankreich und Italien aus Paris schreiben ließ, ist nichts als eine Erfindung. Dergleichen hängt man gewiß nicht an die große Glocke. Die Ereignisse des letzten Jahres haben Herrn v. Beust sehr vorrührig gemacht; er dürfte sich kaum mehr in ein Unternehmen stürzen, bei welchem die Chancen nicht durchaus zu seinen Gunsten stehen. Die erste notwendige Bedingung jedes Gelingens ist aber die Konsolidirung der Monarchie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. In Betreff der Reichstagswahlen sagt die „Prov. Corr.“: „Nach der Bundesverfassung kommt bei diesen Wahlen dasselbe Wahlgesetz vom 15. Oktober 1866 zur Anwendung, nach welchem im vorigen Februar gewählt worden ist. Eben so sind das Wahlreglement und die Abgrenzung der Wahlkreise im Wesentlichen unverändert beibehalten. Nur in Betreff der schleswig-holsteinischen Wahlkreise ist eine Aenderung der Eintheilung vorgenommen, indem die Insel Alsen und die Halbinsel Sundewitt, welche bisher zum zweiten Wahlkreise gehörten, jetzt mit Amt und Stadt Hadersleben zum ersten Wahlkreise vereinigt sind, wogegen Amt und Stadt Appenrade, bisher zum ersten Wahlkreise gehörig, nunmehr mit Amt und Stadt Flensburg und dem ersten Angeler Güterdistrikt den zweiten Wahlkreis bilden sollen, indem ferner die (holsteinische) Stadt Rendsburg von dem dritten (schleswigischen) Wahlkreise abgetrennt und dem siebenten (holsteinischen) Wahlkreise zugelegt ist.“ — Als Termin für die Auslegung der Wählerlisten ist der 20. Juli festgesetzt. Der Termin für die Wahlen selbst ist noch nicht bestimmt; doch dürften dieselben Ende August stattfinden.“

Eine Mittheilung der „Pr.-Korr.“ über die preussischen Finanzen und Steuern lautet:

„Es wird behauptet: die Einnahme des laufenden Jahres würden nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken, und die Regierung bedürfe deshalb außerordentlicher Mittel. Man will sogar schon wissen, wie viel das Defizit betrage. In Wahrheit aber ist ein Defizit gar nicht vorhanden, und die Finanzverwaltung glaubt den Eintritt eines solchen auch keineswegs befürchten zu müssen. Obwohl einzelne Staats-Einnahmen in Folge der vorjährigen Stockungen des Verkehrs nicht so reichlich geflossen sind, wie es in ruhigen Zeiten der Fall gewesen wäre, so werden doch die Einnahmen hinter den Ausgaben nicht zurückbleiben. Damit erledigt sich auch die Besorgniß, daß die Regierung zur Deckung des vermeintlichen Defizits mit einer Erhöhung der Steuerlast in Preußen umgehe. Dies ist nicht der Fall. Es haben freilich in neuerer Zeit Erörterungen über etwaige Veränderungen der Besteuerung im Zollvereine stattgefunden; für Preußen aber handelt es sich dabei nicht um Absichten zur Erhöhung der Steuerlast, sondern lediglich

um die Auffindung der angemessenen, dem Volkswohl am meisten entsprechenden Mittel und Wege, um dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben möglichst zu erleichtern.“

Der „Staatsanzeiger“ enthält folgenden königl. Erlaß vom 31. Mai 1867, betreffend die Ausgabe von verzinslichen Schatzanweisungen im Betrage von fünf Millionen Thalern.

Auf Ihren Bericht vom 8. d. M. genehmigte Ich, daß in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. September v. J., betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Dotirung des Staatschatzes (G.-S. S. 607), verzinsliche Schatz-Anweisungen im Betrage von fünf Millionen Thalern, und zwar in Abschnitten von je fünfzig Thalern, Einhundert Thalern und fünfhundert Thalern auszugeben werden. Zugleich ermächtigte Ich Sie, den Zinssatz dieser Schatzanweisungen und die Dauer ihrer Umlaufzeit, welche den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten darf, den Verhältnissen entsprechend, nach Ihrem Ermessen zu bestimmen und jedesmal zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Ich überlasse Ihnen, die Hauptverwaltung der Staatsschulden hiernach mit näherer Anweisung zu versehen und diesen Meinen Erlaß durch die G.-S. bekannt zu machen.

Berlin, den 31. Mai 1867.

Wilhelm.

F. v. d. Seydt.

— Das Erkenntniß des Kammergerichts in der Zweifelschen Untersuchungssache ist bereits ausgefertigt worden. Das Plenum des Gerichts, an welchem 2 Präsidenten und 32 Räte an der Entscheidung Theil genommen haben, hält gegen den noch immer allein stehenden Beschluß des Obertribunals daran fest, daß Artikel 84 der Verfassung alle im Abgeordnetenhause gehaltenen Reden, sowohl gegen disciplinäre wie gegen criminelle Verfolgung vor den Gerichten deckt. Wegen der Rede über den Tribunalsbeschluß vom 29. Januar 1866 ist daher auf Freisprechung erkannt worden. Hinsichtlich der Reden, welche Zweifeln im April und Juni v. J. in öffentlichen Versammlungen gehalten, wendet dagegen auch das Kammergericht den Grundsat an, daß ein öffentliches oppositionelles Auftreten gegen Personen oder Politik des Ministeriums die Treue gegen den König und die Pflicht eines Beamten verletze. Es hat demgemäß auf einen Verweis und auf eine Geldstrafe von 100 Thlr. erkannt. Wir hören, daß der Abg. Zweifeln gegen das Erkenntniß appelliren wird, weil er den aufgestellten Grundsat nicht als durch das Gesetz gerechtfertigt anerkennt. Selbstverständlich ist eine abändernde Entscheidung des Obertribunals nicht zu erwarten.

— Der preussische Minister-Resident in Mexiko, v. Magnus, ist abberufen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ motivirt diese Aenderung mit der gegenwärtigen Unmöglichkeit einer internationalen Verbindung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt die Nachricht, daß eine Note des Herrn v. Beust in Bezug auf die nordschleswigsche Frage von Wien abgejandt sei.

Hannover. Nach der „N. Hannov. Ztg.“ sind als Vertrauensmänner anzusehen: Graf Müliner, Schleperell, Graf Bennigsen, v. Knefbeck, Graf Kniphausen, Minister a. D. Hammerstein, Landrath Bothmer, Graf Borries, Assessor Lenthe, Landrath Hammerstein, Rudolph v. Bennigsen, Landrath Neubourg, Miquel, Grumbrecht, König, Anwalt Müller, Albrecht, Redeker, Hofbesitzer Jordan, Meyer, Niemstoh, Landrath Steinbömer, Widick, Buddenberg, v. Grelle. Zusammenkunft der Vertrauensmänner Ende Juli in Berlin.

Stuttgart. Wie der „Staatsanzeiger“ mittheilt, wird neuester Anordnung zufolge nunmehr das gesammte preussische Exerzier-Reglement in der württembergischen Infanterie eingeführt werden. Zu diesem Zweck wird die derzeit in Ludwigsburg verammelte Lehrabtheilung um 14 Offiziere und 22 Unteroffiziere verstärkt, auch die Zahl der badischen Instruktoren wird vermehrt und wird der Kursus der Lehrabtheilung bis zum 27. Juli fort dauern. Vier Stabsoffiziere der Infanterie werden gleichzeitig bis 1. September in preussische Garnisonen entsendet, um sich dort mit Ausführung des Reglements vertraut zu machen. Der ältere Jahrgang der präsenten Mannschaft wird sofort in Urlaub entlassen, und wird erst vom 1. Oktober an, bis wohin sämtliche Kadres und die präsenten Soldaten in Lehrkompagnien und Bataillonen eingeübt sein werden, serienweise auf 3-4 Wochen einberufen, um gleichfalls in dem neuen Reglement geübt zu werden. — Den „Ev. N. Bl.“ zufolge haben die Verhandlungen über die Kirchenverfassung einen solchen Abschluß gefunden, daß es bei dem repräsentativen Gegenüber zwischen Landessynode und Oberkirchenbehörde verbleibt und die Mitglieder des Konsistoriums, sowie die Generalsuperintendenten als solche keinen integrierenden Theil der Synode bilden; daß ferner der Kultusminister der ordnungsmäßige Vermittler zwischen den höchsten Organen der Kirche und dem Landesoberhaupt (Landesherrsch) verbleibt, aber sich aller Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Kirche grundtätig enthält. Ohne Zweifel darf man nun auch einer baldigen Einführung dieser Verfassung entgegensehen.

Frankreich.

— Es muß in Frankreich traurig aussehen. Der „Handels-Cour.“ bringt nachstehende Privatcorrespondenz eines in Frankreich lebenden Schweizer: „Man tanzt und schwelgt in Paris. Man betäubt sich, wie wenn ein jeder sich selbst über die Gegenwart täuschen wollte. Aber in den Departements staunt man über die Millionen, die in der Hauptstadt verschwendet

werden. Wenn noch die gekrönten Häupter sich den Schurz des Friedens geleistet hätten, — wenn eine allgemeine Entwaffnung beschlossen worden wäre, wir würden auch jubeln. Die Lage unserer Fabrik- und Handelsstädte ist aber so voll Sorgen und Kummer, daß man an der Einheit Frankreichs zweifeln möchte, wenn man die Berichte der Feierlichkeit in der Hauptstadt liest und sie dann mit den Handelsberichten vergleicht, die uns aus allen Theilen des Kaiserreichs zukommen. — Es ist, wie wenn man dem Handel die Zukunft geraubt hätte, nicht daß man an's Ende der Welt glaubte, das hieße noch an Etwas glauben. Man zweifelt gar nicht, daß die Erde fortfahren wird, um die Sonne zu rollen, daß der folgende Tag kommen wird, aber man fürchtet ihn, wie wenn er nur Böses bringen könnte. Und das Traurigste ist, daß nichts zu verkaufen ist, obschon, oder vielleicht weil Jedermann überzeugt ist, daß morgen noch billiger zu kaufen sein wird als heute. In den Fabrikkstädten kaufen Leute, die weit herkommen, kaum das Viertel ihres gewöhnlichen Bedarfs. In den Seehäfen ist alles Vertrauen verschwunden. — Anno 1848 hörte man sagen, wenn nur die Ordnung in Paris wieder hergestellt und die abgebrannten Brücken neu aufgebaut sind, so belebt sich das Geschäft wieder, aber heute haben wir weder Hoffnung noch Aussicht, und das erleben wir im geeigneten Frankreich, im Friedensjahr der Welt-Ausstellung.“

— Der „Moniteur“ bringt Nachrichten aus Mexiko vom 1. Juli. Am 21. Juni wurde Mexiko den Juaristen übergeben; die persönliche Sicherheit der französischen Gesandtschaft, die noch in der Hauptstadt selbst ist, war in keiner Weise gefährdet. Vera-Cruz ward am 27. Juni von den Juaristen besetzt; Unordnungen kamen in keiner Weise vor; die fremden Truppen konnten sich, ohne beunruhigt zu werden, einschiffen. Die Franzosen, welche in Queretaro gefangen genommen wurden, sind mit Belgiern und Oesterreichern auf Monterey dirigirt worden. — In den Pariser Blättern knüpft sich fortwährend eine lebhaft polemische an den klaglichen Ausgang der mexikanischen Expedition. Am exaltirtesten gebietet sich noch immer die „France“, welche ihrer Zeit mit religiöser Bezeichnung für die Mission des Kaisers Max geschwärmt hat; die klerikale Hofpartei, welche in der „France“ ihre Herzenswünsche verlaublich, möchte sogar einen zweiten Kreuzzug gegen Mexiko anstiften; sie wirft Beden, her sich sein ruhiges Urtheil in dieser Sache wahr, mit den „Mördern“ des Märtyrers von Queretaro zusammen. — Dergleichen Tiraden gegenüber, läßt das „Journal de Paris“ in geschickter Weise Satire; es sucht jeden Tag irgend eine ältere offizielle Kundgebung hervor, welche den Ruhm, den Frankreich in Mexiko eingebracht, zu verberlichen bestimmt war. Heute ist es der Unterrichtsminister Duruy, welcher dem „Journal de Paris“ einen neuen Feind leihen muß; es schreibt: „Das Haus Hachette veröffentlichte im Jahre 1866 eine neue Ausgabe des Werks, welches den Titel: „Kleine Geschichte von Frankreich von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage“ trägt. Dies Werk schließt mit folgenden Zeilen: „Dies ist die Aufzählung der Erfolge und der Wohlfahrt des neuen französischen Kaiserreichs. Nach Außen hin hatte Napoleon III. Mexiko die freie Verfügung über sich selbst wieder gegeben, zugleich mit dem Mittel, dem drohenden Ehrgeiz der Vereinigten Staaten zu entgegen, und mit der Hoffnung zu werden, was das große und reiche Land sein muß, nämlich einer der großen Märkte der Welt und Frankreichs.“ — Das „Journal de Paris“ erwirbt sich ein ferneres Verdienst um die Aufklärung der französischen Nation, indem es die an einem Tage erfolgte Beschlagnahme von 14 auswärtigen Blättern meldet, — eine eigenthümliche Illustration zu der Gastlichkeit, mit welcher Frankreich die Besucher der Ausstellung empfängt, und zu den offiziellen Reden, in denen es wegen seiner Fortschritte in der Freiheit und Civilisation verherrlicht wird.

Lokales.

— **Personal-Chronik.** Der bisherige commissarische Verwalter des hiesigen G.-undsteuer-Fortschreibungs-Amtes Herr Kaschig ist vom 1. d. Mts. ab definitiv als Grundsteuer-Cataster-Controllleur bestatigt.

— **Zur Freiligrath-Notation.** Das Londoner Freiligrath-Comite hat an die Freiligrath-Comite's in Deutschland ein Anschreiben erlassen, aus welchem wir Folgendes hervorheben: „Mit einer seltenen Freudigkeit, mit einer Begeisterung, der Sache würdig, begrüßte Deutschland den Mahnruf, seinen vielgefeierten Dichter durch ein Nationalgedenken zu ehren und ihn seiner lichten Sphäre der Poesie und seiner Heimath, die er vor 16 Jahren ver lassen mußte, zurückzugeben. Im Fluge durchweilte die Kunde alle Gauen, und wo ein Lied erschallen, ein zündend Wort ertönen konnte, da scharte man sich zusammen, um den Dichter zu feiern. — Deutschland zeigte sich in seinem Dichter einig, und mit Stolz durfte man sagen, daß die Heimath selbst in der trüben Stunde eines drohenden Kampfes sich der hehren Verpflichtung, ihren gefeierten Männern gerecht zu werden, bewußt war.“

Hoch trugen die Hoffnungen: — schon sah man den Dichter an den Ufern des deutschen Rheins, wo er die Lieder seiner Jugend seinem Volke geschenkt, da scheint es plötzlich, als neige sich die Flamme der Begeisterung, als erlahme, nach dem Rausche der Feste, die klingende, hat. — Gewiß darf die betäubende Erscheinung nicht der Nation zur Last gelegt werden: denn es schertert die ehrende Vollbringung des deutsch-gemeinsamen Gedankens nur an dem Mangel einer geordneten Agitation, an dem Mangel der anregenden und leitenden Sinne eines Central-Comite's. — Nur Diejenigen, welche unter dem unmittelbaren Einflusse der weitverbreiteten Comite's standen, boten, mehr oder

minder freudig, die Ehrengabe; Hunderttausende dagegen begnügten sich mit der guten Absicht, indem sie die besten Wünsche statt der klingenden Münzen zum Erfolge beisteuerten, da eine fortgesetzte Mahnung fehlte, während hochgefarbte, oft gänzlich irrige Zeitungsberichte über die Größe des Erfolges täuschten.

Nur einem Central-Comitee kann es gelingen, die allmählich sinkende Bewegung aufs Neue zu beleben, indem es sich mit den Einzel-Comitees in Verbindung setzt, und durch zeit- und sachgemäße Veröffentlichung der Ehrengaben über die realen Verhältnisse aufklärt; nur einem solchen wird es leicht werden, die wahre und einzige Bestimmung der Ehrengabe von trüben Deutungen freizubalten, welche nur zu häufig in der Sprache der Poesie oder Prosa dem nationalen Unternehmen den Ausdruck einer Almosen-sammlung verliehen haben.

Von dieser Anschauung ausgehend, wendet sich das Londoner Comitee an alle thätigen Comitees der Heimath mit dem Vorschlage: Barren für Deutschland an die Spitze der Bewegung zu stellen und in die Hände der Männer, die voranschritten, die Ehrengaben zu legen, welche bestimmt sind, den Dichter heimzuführen und ihm die langersehnte und wohlverdiente Ruhe zu schaffen, die der Literatur des Vaterlandes noch herrliche Früchte tragen wird.

Zu Obigem bemerken wir, daß der Copernicus-Berein in unserer Stadt freiwillige Spenden für die besagte Dotation entgegennimmt. Auch werden Listen zu gleichem Zweck in den Buchhandlungen der Herren C. Lambek und J. Wallis ausliegen. Möge diese Mittheilung seitens unserer geehrten Leser nicht unbeachtet bleiben. Man geniesse sich nicht eine kleine Spende zu der Ehrengabe beizutragen; — aus kleinen Summen wird eine große Summe!

— In den Reichstagswahlen. Wie die Liberalen in Hannover, Kurhessen und Nassau dem Programm der National-Liberalen beigetreten sind, obgleich dieses zunächst auf die altpreussischen Verhältnisse und Gegenstände berechnet war, so haben jetzt auch die Führer der freisinnigen Partei im Königreich Sachsen, so weit dieselbe es mit der deutschen Einheit ernstlich meint, dieses Programm als Basis für die Reichstagswahlen angenommen. Das Zusammenwachsen einer entschiedenen liberalen Partei in ganz Deutschland, welche auf dem Boden der gegebenen Zustände den Ideen der Freiheit und des Fortschritts Raum zu schaffen und einen wirklichen deutschen Staat lebendig zu machen strebt, ist ein großer Erfolg und eine sichere Bürgschaft für eine gedeihliche politische Entwicklung. Die alten außerpreussischen Kampfgenossen Löwe's und Schulze's im Nationalverein sind so gute und feste Liberale, wie irgend ein Mitglied der preussischen Fortschrittspartei. Aber sie hatten im ersten Parlamente keinen Begriff davon, wie man um der Vergangenheit und um der Personen des Ministeriums willen die Möglichkeit der deutschen Einigung, die einzig auf einer Verständigung zwischen der preussischen Regierung und dem Parlamente beruhte, durch ein bloß negatives Verhalten vereiteln könnte, und sie haben jetzt eben so wenig Sinn für das Verfahren des Restes der Fortschrittspartei, welcher jenes bloß neigende Verhalten in der jüngsten Vergangenheit für das ausschließliche Kennzeichen einer gesinnungsstüchtigen Freisinnigkeit erklärt. Der Berliner Radicalismus fährt unbehört fort, Einigkeit und Charakter der andern Denkenden zu verunglimpfen und will die National-Liberalen gar nicht mehr als Liberale gelten lassen. (Sr. Dr. Guido Weiß [von der „Zukunft“] erklärt sogar, es gebe gar keine National-Liberale außer den ersten Begründern der Partei.) In den meisten Wahlkreisen scheint man indessen glücklicherweise durchaus nicht geneigt, über den Zwistigkeiten innerhalb der liberalen Parteien den gemeinsamen Gegensatz gegen die Conservativen hintenan zu setzen. Von mehreren Orten sind bereits, wie die B. A. C. meldet, die sicheren Nachrichten eingegangen, daß alle Schattierungen des Liberalismus sich über die Ausfällung eines gemeinschaftlichen Candidaten geeinigt haben. Die Zurückweisung — sagt die „Reform“ — welche die alte Fortschrittspartei von den Großdeutschen in Hannover erfahren hat, so wie der Widerstand, den sie in Schlesien gefunden hat, muß sie davon überzeugen, daß sie ohne das Zusammenwirken mit den National-Liberalen keinen Anhalt in den neuen Ländern gewinnen und einen solchen in Preußen zum Theil verlieren würde, und es ist daher sehr verständlich, wenn, wie man von Schulze-Delitzsch berichtet, die Forderung aufgestellt wird, daß die beiden Fractionen sich wieder vereinigen sollten, um erfolgreich auf die Wahlen wirken zu können. Daß die National-Liberalen hierzu bereit sind, so weit das von ihnen aufgestellte Programm es zuläßt, haben sie beinahe schon erklärt.

— † Turnverein. In der General-Versammlung vom 11. d. beschloß die aus 25 Turnern bestehende Versammlung zum Marienwerdener Turnfest am 27. Juli zwei Mitglieder auf Vereinskosten zu deputiren, damit der hiesige Verein auch dort vertreten sei. Zu Repräsentanten bei dem Turntage, welcher das Fest am Sonnabend den 27. einleitet, wurden die Herren Gymnasial-Oberlehrer Böthke und Lewus gewählt. — Der Vorstand kam überein, die Bibliothek, welche bis jetzt fast unbenutzt war, künftig durch den Schriftwart verwalten zu lassen, welcher es übernimmt, für eine genaue Controle der Bücher zu sorgen und insbesondere die wöchentlich erscheinende Turnzeitung regelmäßig coufieren zu lassen, um auch auf diese Weise Interesse für das Turnen zu erwecken. — Wir erlauben uns, noch darauf hinzuweisen, daß viele Mitglieder, welche sehr gern dem Provinzial-Turnfest beiwohnen möchten, durch geschäftliche Rücksichten behindert werden. Möchten die Herren Principale doch lieber eine kleine Unannehmlichkeit auf die wenigen Tage übernehmen, als ihren jungen Leuten den angenehmen Genuß dieses in jeder Hinsicht zu empfehlenden Festes zu verlagern.

Herr Regent, auf dessen vortreffliche bioplastische Vorstellungen wir bereits aufmerksam gemacht haben, wird mit denselben in nächster Woche beginnen.

— Aus Polen wird mitgeteilt, daß daselbst eine große Theuerung herrscht. Die vorjährige gute Ernte ist theils verkauft, theils aufgezehrt. Ein Pfund Brod kostet 3 1/2 Sgr. und eben so theuer sind die anderen Consumtibilien.

— Ostbahn. Die Bestimmung Nr. 32 des Ostbahn-Tarifs, betreffend den frachtfreien Transport leerer Säcke und ähnlicher Emballagen, tritt mit dem 1. September d. J. außer Kraft und wird von da ob für gebrauchte leere Säcke und ähnliche Emballagen die Fracht der ermäßigten Klasse C. erhoben.

— Schulwesen. (S. Nr. 105.) (Fortsetzung.) Die Berufsarten der Eltern, welche ihre Töchter in die verschiedenen (3 städtischen, 3 privaten) hiesigen Mädchenschulen senden, theilt der beregte Artikel in vier größere Gruppen, deren erste zwei die Militär- und Civilbeamten, sodann die dritte den Stand der Besitzer, Rentiers, und Kaufleute aller Art, endlich die vierte sämmtliche übrigen Zweige des gewerblichen Lebens umfassen soll. Hiernach ergibt sich folgende Tabelle:

	Mil.-B.	Civ.-B.	Rent. u.	Gewerb.	Summa.
Höher. L.	8	45	91	91	235
Mittl.	6	29	12	201	248
Elem.	—	6	—	161	167
Funct.	13	39	34	52	138
Fischer.	5	7	57	5	74
Zimmerm.	—	4	9	5	18
Uebershaupt	32	130	203	515	880

Es giebt also 880 schulbesuchende Mädchen in Thorn, davon sind genau 650 in den 3 städtischen und ebenso rund 230 in den 3 privaten Töchter-schulen des Dres.

Der Verfasser des angezogenen Artikels bemerkt hierzu: „Betrachtet man in vorstehender Tabelle die einzelnen Columnen für sich, so findet man die meisten Militärbeamten in der Fund'schen — also einer Schule, die sonst vorwiegend vom eigentlichen Gewerbebestande benutzt wurde; die wenigsten in der Fischer'schen, wo die größte Progenzahl dem höheren Bürgerstande zufällt (gleich als könnte man hieraus die Polarität dieser Gesellschaftsklasse erkennen). Die letztgenannte hat auch (s. Nr. 105) die überwiegende Zahl mosaischer Schülerinnen; man sieht also leicht, wie sich Standes- und Confessionsunterschiede u. berühren und ergänzen.“

Die auswärtigen Zöglinge finden sich in den folgenden 4 Schulen:

Höhere	Mittlere L.	Fund'sche	Fischer'sche P.-S.
23	6	13	11

Also 29 in 2 städtischen, 24 in 2 Privat-Schulen; zusammen 53. — (Fortf. folgt)

— Wichtigung. In vor. Nr. u. Bl. ist der Schluß des Artikels „Zu den Reichstagswahlen“ beim Zusammenstellen des Blattes hinter den Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung gesetzt worden, welches Versehen wir zu entschuldigen bitten. Die Redaction.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— Lotterie. Der „St.-Anz.“ enthält einen königlichen Erlaß vom 5. Juli, durch welchen die Landes-Lotterie in Hannover und Osnabrück, sowie die Lotterie in Frankfurt a. M., und zwar eine jede derselben nach Beendigung ihrer zweiten, im laufenden Jahre spielenden Klassen-Lotterie aufgehoben werden.

— Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch-Papier 19 pCt. Russisch-Papier 19 pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5-6 pCt. Alte Kopelen 10-12 pCt. Neue Kopelen 15 pCt.

— Amtliche Tages-Notizen.

Den 12. Juli. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 5 Fuß 3 Zoll.
Den 13. Juli. Temp. Wärme 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll 11 Strich. Wasserstand 5 Fuß 4 Zoll.

— Inserate.

Nachstehende Polizei-Verordnung:

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird für den Gemeindebezirk von Thorn verordnet wie folgt:

- 1) Jeder Hund, welcher frei herumläuft, muß mit einem aus Drath bestehenden, über die Schnauze hinausreichenden, das Beißen durchaus verhindernden Maulkorb versehen sein.
- 2) Hunde, welche ohne Maulkorb frei herumlaufend betroffen werden, sollen von den Scharfrichter-gehilfen aufgefangen werden. Meldet sich der Eigentümer innerhalb 3 Tagen nach dem Fange, so kann er den Hund gegen Entrichtung von 6 Sgr. Fänggeld und 1 Sgr. Pflegegeld pro Tag zurückhalten. Nach Ablauf der dreitägigen Frist, sind die Scharfrichter-gehilfen zur Tödtung des Hundes berechtigt.
- 3) Abgesehen von den Maßregeln ad 2 dieser Verordnung, verfällt der Eigentümer des ohne Maulkorb frei herumlaufend betroffenen Hundes in Gelbuse von 10 Sgr. bis 3 Thlr., an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Gefängnißstrafe tritt.
- 4) Diese Verordnung tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft.

Thorn, den 3. Juli 1864.

Die Königl. Polizei-Verwaltung.

wird hiermit zur genauen Befolgung in Erinnerung gebracht.

Thorn, den 8. Juli 1867.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Bewerbungen um die erledigte Turmfängerstelle werden bis zum 22. d. Mts. angenommen. Thorn, den 12. Juli 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom 15. d. Mts. ab findet die Aufnahme der Wählerlisten an Ort und Stelle durch die ernannten Bezirks-Commissionen innerhalb der Stadtgemeinde statt. Sämmtliche Hauswirthe und Miether werden veranlaßt, sich hierauf vorzubereiten um den Bezirks-Commissarien die erforderliche Auskunft zu geben.

Thorn, den 12. Juli 1867.

Der Magistrat.

Dachpappen

bester Qualität empfiehlt billigst

M. Schirmer.

Meine neuen Frankfurter Waaren sind angekommen und empfehle Stoffe, Tuche und Buksings zu sehr billigen Preisen. Bestellungen auf Herrengarderobe werden elegant aufs Billigste ausgeführt. Herm. Lilienthal.

Kräuter- u. Limburger-Käse

à Stück 4 Sgr. und 2 1/2 Sgr. empfehlen als vorzüglich schön.

B. Wegner & Co.

Soeben erschien und ist in der Buchhandlung von Ernst Lambeck zu haben:

Der Dollmetscher

für die Pariser Industrie-Ausstellung. Französischer Sprachführer für Deutsche von Dr. Gatt. Preis 6 Sgr.

Berliner Pianinos,

vorzügliche alte Violinen, Violon und Cellos, sowie alle Arten von Musik-Instrumenten, zu Kauf und Mieth, ital. und deutsche Saiten u. c. empfiehlt die Instrumentenhandlung von

C. Lessmann. Al. Gerberstraße 81.

Die wegen ihres unschätzbaren Werthes als Hausmittel allseitig anerkannten, von dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin erfundenen Fabrikate: empfiehlt R. Werner in Thorn.

Um den Wünschen vieler geehrter Concertbesucher entgegenzukommen, beabsichtige ich ein 2tes Abonnement von 10 Concerten zu eröffnen, und findet der Bilet-Verkauf (ein Abonnement von 10 Biletten 17 1/2 Sgr.) bei Herren L. Grée und Wieser statt.

A. Kramer, Kapellmeister.

Gute hartgebrannte Mauersteine

pro Mille 10 Thlr., Hoblsteine pro Mille 12 Thlr. empfiehlt I. G. Neumann's Ziegelei in Bromberg.

Soeben habe eine große Auswahl

der modernsten Kleiderstoffe so wie auch Buksings erhalten, die zu den billigsten Preisen verkaufe. H. Strellnauer, Breitestraße Nr. 85.

Weizen-Abgang

billigst bei Nathan Leiser.

Nervöse Zahnweh wird augenblicklich gestillt durch Dr. Grafström's schwedische Zahntropfen.

à Fl. 6 Sgr. Acht zu haben in Thorn in der Buchhandlung von Ernst Lambeck.

Neis

à 2 Sgr. pro Pfd. empfiehlt

Friedr. Zeidler.

Eine gute Milchkuh, nahe am Kalben, steht in Zelemec-Mühle bei Bodgurg zum Verkauf.

Alleiniges Depot für Thorn und Umgegend.

Alleiniges Depot für Thorn und Umgegend.

Alleiniges Depot für Thorn und Umgegend.

Nähmaschinen von Nachahmern noch nicht erreicht!! Wheeler & Wilson in Newyork

HIGHEST PREMIUM



SEWING MACHINE

sind die **Einzigen**, welche auch jetzt wieder auf der Pariser Aus-
stellung bei einer Concurrenz

von 82 Bewerbern

den **höchsten** Preis

die goldene Medaille

für die **Vollkommenheit** und **Vorzüglichkeit** ihrer Nähmaschinen
erhielten.

Warnung. Um das Publikum vor Täuschung und „sogenannten“
Wheeler- und Wilson-Maschinen oder Wheeler- und Wilsons-System u. s. w. zu bewahren, wird darauf hingewiesen, dass die Ori-
ginal-Maschinen nebenstehendes Fabrikzeichen auf der Stahlplatte tragen und in Thorn n u r bei

Moritz Meyer Altst. Markt Nr. 430

zu haben sind.

Preiscourante und Zeichnungen gratis!

Alleiniges Depot für Thorn und Umgegend.



Ziegelei-Garten.

Sonntag, den 14. Juli cr

Große Production des bekannten Lustschiffers Anton Regenti, verbunden mit
bioplastischen Darstellungen, ausgeführt von lebenden Personen vor u nach der Vorstellung

CONCERT

von der Kapelle des 61. Infanterie Regiments.

Anfang 5 Uhr.

Entree à Person 5 Sgr. Familienbillets auf 3 Personen lautend à 10 Sgr. Kinder in
Begleitung von Erwachsenen frei. Gymnasten und Militair ohne Charge zahlen an der Kasse die
Hälfte des Eintrittspreises. Der Billetverkauf ist bei Herrn L. Grée und in der Condilorei des
Herrn Wiese.

Näheres die Anschlag-Zettel.

Vorschuss-Verein.

Generalversammlung Dienstag d. 16. Juli Abends
8 Uhr im Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung: Rechnungsbericht über das II.
Quartal. Bericht über den Verbandstag
und Verathung über das neue Statut
nach dem Genossenschaftsgesetz.

Der Vorstand.

Für Mund- und Bahnkranke

Wegen Tagung des Centralvereins deutscher
Zahnärzte in Hamburg bin ich vom 28. Juli bis
15. August nicht zu sprechen, was ich hiemit zur
gefälligen Beachtung meiner auswärtigen Patien-
ten ergebenst anzeige.

Bromberg, den 10. Juli 1867.

W. Schultze,

prakt. Zahnarzt. Friedrichstr. 10 u. 11.

„Leihbibliothek Calmer-Str. Nr. 319“

Folgende ganz neue Werke: „1866 oder
Custozza u. Königgrätz“, „Unüberwindliche Mächte“,
„Babel“, „der Gold-Engel von Eöln“, zwei neue
Werke von Galen und mehrere andere kann pro
Band auf 3 Tage für 1 Sgr. Besegeld aus-
geliehen werden.

v. Pelchrzim.

Für drei Knaben, welche das hies. Gymna-
sium zum October cr. besuchen sollen, wird in ei-
ner achtbaren jüdischen Familie eine Pension ge-
sucht. Offerten beliebe man in der Expedition
d. Bl. unter F. F. abzugeben.

Ein braunseidener Sonnenschirm

ist in der Breitenstraße gefunden worden. Ab-
zuholen Culmerstraße Nr. 332 1 Tr.

A. Haupt.

Meine Gastwirthschaft verbunden mit Restau-
ration, dazu vollständiges Mobiliar bin ich Willens
zu verpachten. **Kozinski**, Bromb. Berst.

Kantchuk-Gebisse

und künstliche Zähne werden nach der neuesten
amerikanischen Methode angefertigt.

H. Schneider, Zahnkünstler.

Büdenstraße Nr. 39.

Bäckerstraße Nr. 250/51 ist die Bell-Etage be-
stehend aus vier Zimmern und Zubehör vom
1. October zu vermieten.

Bäckerstr. 253 Wohnungen zu vermieten.

Ein möblirtes Zimmer mit Cabinet ist zu ver-
mieten Neustadt 66 Mineralwasserfabrik.

Eine große Wohnung mit auch ohne Pferdebestall
ist zu vermieten Neustadt Tuchmacherstraße
Nr. 5. 18

Eine Wohnung von 3 Zimmern ist sogleich
oder vom 1. October zu vermieten Markt u.
Culmerstraßenecke **Herm. Lilienthal**.

In meinem Hinterhause Bäckerstr. Nr. 259
ist eine kleine Familienwohnung vom 1. Oc-
tober zu vermieten. **A. Grzymala**.

In meinem Hause Nr. 80 Tuchmacherstr. sind
kleine Wohnungen zu vermieten.
Kozinski.

In meinem Hause Gerechtestraße Nr. 103 ist
eine Familienwohnung zu vermieten.
R. Hesselbein.

Neust. Gerechtestr. 95 sind Wohnungen von 2,
3. u. 4 Stuben nebst Zubehör z. vermiett.

2 Familien-Wohnungen bei
Geschw. Endemann.

1 Bad. u. Wohn. z. verm. b. Tischlerm. Hirschberger

Wohnungen sind zu vermieten Neustadt Nr. 80.

Mehrere Wohnungen sind Copernikusstr. 210
zu vermieten. Nähere Auskunft ertheilt
Herr Sattlermstr. **Klinkauf**.

2 Wohnungen, eine sogleich und eine vom 1.
October, hat zu verm. C. Schäfer Kl. Mecker.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 7. Juli Carl Rudolph Adolph, S. d.
Arb. Schwendiger; den 14. Marie Elvire Selma, T. des
Grenzaußerer Sablowski.

Gestorben: Den 8. Juli ein vor der Taufe gestor-
bener Sohn des Arb. Koszynski, 6 Tage alt, an Krämpfen;
d. 9. Ernestine, T. d. Arb. Heyer, 6 W. alt, an Krämpfen.

In der neustädtischen evangel. Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 9. Juli Clara Olga Agnes, T. des
Rentiers Zemke.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 7. Juli Caroline Justine, T. d. Einw.
Brandt in Neumoder; Auguste Amalie, T. d. Maurergesellen
Rücker in Altmoder; Emilie Julianna Rosalie, T. des Einw.
Dyd in Neumoder.

Getraut: Der Zimmerges. Brosius mit Jungfr. Klemp-
in Altmoder; der Landbriefträger Müller mit Jungfr. Glanz
in Altmoder; d. 9. der Schuhmacherg. Paliszewski mit der
Ww. Kirchhoff geb. Böttcher in Altmoder.

Es predigen:

Am 4. Sonntag nach Trinitatis, den 14. Juli cr.
In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Gessel.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.
Freitag, den 19. Juli Herr Pfarrer Gessel.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Schwarzkopf aus Ohrometzko.
(Probepredigt behufs Neubesehung der neu-
städtischen Pfarrstelle.)

Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe. (Katechisation.)
Mittwoch, den 17. Juli Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr
Pfarrer Schnibbe.

Wasserstand der Weichsel:

In Zawichost am 12. Wasser der Weichsel
16 Fuß und nimmt zu. Bei Plock 6
Fuß.

Warschau, den 13. Juli.
Gestriger Wasserstand 5 Fuß 7 Zoll.
Heute 13 Fuß 10 Zoll; von gestern bis
heute 8 Fuß 3 Zoll gewachsen.